

TEIL B – TEXT

BAUPLAUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

- FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF (§9 Abs.1 Nr. 5 BauGB)
- Innerhalb der Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule ist ein Schulgebäude einschließlich der erforderlichen Freiflächen und Nebenanlagen
- Innerhalb der Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Sporthalle ist eine Dreifeldsporthalle mit den erforderlichen Stellplätzen und ihren Zufahrten zulässig. Der Anteil der Nutzungszeiten durch den Schulsport beträgt mind. 60 % und der Anteil der Vereinsnutzung beträgt max. 40 %.
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
- (GRZ) von 0,8 und eine Geschossflächenzahl (GFZ) von 1,4 zulässig.

(2) Innerhalb der Fläche für den Gemeinbedarf/ Sporthalle sind eine

- (1) Innerhalb der Fläche für den Gemeinbedarf/Schule sind eine Grundflächenzahl
- (3) Die Zahl der Vollgeschosse im Bereich Gemeinbedarf/Schule beträgt

Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8 und eine Geschossflächenzahl (GFZ) von 0,5

- entsprechend dem Bestand fünf Vollgeschosse.
- (4) Innerhalb der Fläche für den Gemeinbedarf/ Sporthalle ist die Gebäudehöhe
- (GH) der Sporthalle auf maximal 15 m festgesetzt (5) Als unterer Bezugspunkt für die Höhenfestsetzung innerhalb der Fläche für den
- Gemeinbedarf/ Sporthalle ist die Geländehöhe 375 m über Normalhöhennull (NHN) im Deutschen Haupthöhennetz DHHN2016 festgesetzt (6) Die festgesetzte höchstzulässige Gesamthöhe baulicher Anlagen innerhalb der Fläche für den Gemeinbedarf/ Sporthalle darf von untergeordneten Bauteilen,
- ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN, BAUWEISE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

(1) Innerhalb der Flächen für den Gemeinbedarf ist eine abweichende Bauweise)

z.B. Dachlüftungsanlagen, um bis zu 1,50 m überschritten werden.

- zulässig. Die Abweichung von der offenen Bauweise besteht in der Zulässigkeit von Gebäudelängen und -verkettungen über 50 m Gesamtlänge.
- FLÄCHEN FÜR DIE ABFALL- UND ABWASSERBESEITIGUNG UND DIE RÜCKHALTUNG VON NIEDERSCHLAGSWASSER (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)
- Maßnahmen zur Rückhaltung von Niederschlagswasser Innerhalb der Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Sporthalle ist im Bereich des Parkplatzes ein unterirdisches Regenrückhaltebecken anzulegen. Das Rückhaltevolumen ist so zu bemessen, dass die Einleitmenge in den öffentlichen Kanal auf 20 l/s begrenzt wird.
- MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) Vermeidungsmaßnahmen nach § 44 BNatSchG:

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR

- Die Beseitigung der Vegetationsbestände und der Abriss der Gebäude ist nur außerhalb der Brutzeit von Vögeln und der Aktivitätszeit von Fledermäusen im Zeitraum vom 1. November bis zum 28. Februar durchzuführen Bei der Rodung von Bäumen und beim Abbruch der Gebäude hat im Vorfeld der Baufeldfreimachung und der Abbrucharbeiten eine Kontrolle auf Besatz tatsächlich genutzter Fledermausquartiere zu erfolgen.
- (2) CEF-Maßnahmen nach § 44 BNatSchG: Anbringen von Nisthilfen für Vögel und von Ersatzquartieren für Fledermäuse als
- vorgezogene Maßnahme innerhalb und außerhalb des Plangebietes: 3 Höhlenbrüterkästen (Einflugöffnung nach Südosten) Standorte an Bäumen auf dem Friedhof I oder Friedhof II, - 4 Fledermauskästen
- Standorte am Lessinggymnasium (2 Fassadenquartiere) und an Bäumen auf dem Friedhof II (zwei Fledermaushöhlen).
- (3) Ersatzmaßnahmen nach § 44 BNatSchG: Einbau von Nist- und Quartierhilfen in die Fassade der Dreifeldsporthalle:
- 2 x 6 Einbausteine für Mauersegler (linearer Einbau an zwei wetterabgewandten Fassaden),
- 2 x 5 Einbausteine für Fledermäuse (linearer Einbau an zwei Fassaden – besonnt und sonnenabgewandt), - 1 Einbaustein für den Turmfalke
- (Einbau an wind-/wetterabgewandter Fassade in 6 m Höhe). Installation von Nisthilfen am Lessinggymnasium: 6 Nisthilfen für Mauersegler
- (Einflugöffnung von unten, wetterabgewandte Fassade), - 1 Nisthilfe für den Turmfalke (Einbau an wind-/wetterabgewandter Fassade in 6 m Höhe).

(1) Die Nutzung der Sporthalle für den Ligaspielbetrieb ist nur innerhalb des

- IMMISSIONSSCHUTZ (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
- Tageszeitraums bis 21.00 Uhr zulässig. ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN
- SOWIE BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGER BEPFLANZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB) Innerhalb der zeichnerisch festgesetzten Flächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB

im Böschungsbereich zur Chamissostraße, zur Reißiger Straße und zur

- Schlachthofstraße ist eine Strauchpflanzung als Randeingrünung anzulegen. Dazu ist pro 4 m² Pflanzfläche ein Strauch gemäß Artenliste B anzupflanzen. Es sind mindestens 5 Arten aus der Artenliste, die jeweils in Gruppen von 3-5 Stück gleicher Art zu pflanzen sind, zu verwenden. In stärker geneigten Böschungsbereichen (1:1 bis 1:1,5) sind Bodendecker (Artenliste C) in Gruppen verpflanzt zu verwenden.
- Innerhalb des Parkplatzes sind an den festgesetzten Standorten Bäume gleicher Art (Auswahl Artenliste A) zu pflanzen.
- Entlang der Chamissostraße und der Reißiger Straße sind entsprechend der Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB straßenbegleitende Baumpflanzungen (Liste A – Bäume) vorzunehmen. In einer Straße sind jeweils Bäume gleicher Arten zu verwenden.
- (4) Die nicht überbauten Grundstücksflächen der Gemeinbedarfseinrichtungen sind gärtnerisch zu gestalten und dauerhaft zu pflegen und zu erhalten.
- (5) Für Pflanzungen ist heimisches gebietseigenes Pflanzmaterial zu verwenden. Sämtliche festgesetzten Pflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und zu erhalten.
- Abgängige Gehölze sind zu ersetzen. (6) Die grünordnerischen Maßnahmen sind bis zum Ende der, auf die Fertigstellung
- der Hochbaumaßnahmen folgenden Pflanzperiode umzusetzen.
- (7) Die nach § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB festgesetzten vorhandenen Einzelbäume und Gehölzflächen sind dauerhaft zu pflegen und zu erhalten. Abgängige Gehölze sind zu ersetzen.

Silberlinde

Silberlinde

Großblättriges Immergrün

ARTENAUSWAHLLISTEN FÜR ANPFLANZUNGEN

Liste A - Bäume Mindestgröße: Hochstamm 16/18 cm StU

Tilia tomentosa "Brabant"

Tilia tomentosa "Szeleste"

Acer platanoides (in Sorten) Acer pseudoplatanus (in Sorten) Bergahorn Roteiche Quercus rubra (in Sorten) Winterlinde Tilia cordata "Greenspire"

Liste B - Sträucher Mindestqualität: 2x verpflanzt, 3 Triebe, 60 - 100 cm Höhe Cornus sanguinea Roter Hartriegel Haselnuss Corylus avellana Eingriffliger Weißdorn Crataegus monogyna Crataegus laevigata Zweigriffliger Weißdorn Deutzia spec. Deutzie Pfaffenhütchen Euonymus europaea Kolkwitzie Kolkwitzia amabilis Prunus spinosa Schlehe Hundsrose Rosa canina Rosa glauca Hechtrose

Rosa pendulina Alpenheckenrose Strauchweiden Salix spec. Sambucus nigra Schwarzer Holunder Sambucus racemosa Roter Holunder Spierstrauch Spirea spec Gemeiner Flieder Syringa vulgaris Viburnum opulus Gemeiner Schneeball

Liste C - Bodendecker Berberis vulgaris Hedera helix Hypericum calycinum

Vinca major

geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S.1063) Sächsische Bauordnung (SächsBO) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.05.2016 (SächsGVBI. S.186), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 27.10.2017 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) - in der Fassung der Bekanntmachung

Nutzungsschablone

Geschossflächenzahl

Gemeine Berberitze Niedriges Johanniskraut Lonicera xylosteum Rote Heckenkirsche Fingerstrauch Potentilla spec. Feldrose Rosa arvensis Vinca minor Kleinblättriges Immergrün

BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

- (§9 (4) i.V. m. §89 SächsBO)
- GESTALTUNG DER UNBEBAUTEN FLÄCHEN Stellplätze und Fußwege sind in wasserdurchlässiger Bauweise (Pflaster)

(1) Der natürliche Oberboden (Mutterboden) ist vor Beginn der Bauarbeiten

- gemäß § 202 BauGB separat zu gewinnen und funktionsgerecht zu verwerten. Vor Beginn von Bodeneingriffen im Rahmen von Erschließungs- und Bauarbeiten müssen im von Bautätigkeit betroffenen Areal des Bebauungsplangebietes durch das Landesamt für Archäologie archäologische Grabungen mit einem ausreichenden zeitlichen Vorlauf zu den geplanten Baumaßnahmen durchgeführt werden. Auftretende Befunde und Funde sind sachgerecht auszugraben und zu dokumentieren.
- Bodenfunden gemäß § 20 SächsDSchG hinzuweisen. Sollten während der Bauphase schädliche Bodenveränderungen nach BBodenSchG bekannt werden, so ist dies dem LRA Vogtlandkreis umgehend

Die bauausführenden Firmen sind durch den Bauherrn auf die Meldepflicht von

- Zur Klärung der lokalen Untergrundverhältnisse im Plangebiet empfiehlt das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) Baugrunduntersuchungen in Anlehnung an die DIN 4020 durchzuführen. Sofern
- Bohrungen niedergebracht werden, besteht Bohranzeige- und Bohrergebnismitteilungspflicht bei der Abt. 10 Geologie des LfULG. (5) Bei geplanter Versickerung von Oberflächenwasser über die Bodenzone ist sicherzustellen, dass dies schadlos erfolgt. Vernässungserscheinungen, Bodenerosion und Beeinträchtigungen Dritter sind auszuschließen. Die
- DWA-A 138 nachzuweisen. (6) Zum vorsorgenden Schutz vor erhöhter Strahlenbelastung durch Zutritt von Radon in dauerhaften Aufenthaltsräumen wird empfohlen, bei geplanten Neubauten von einem kompetenten Ingenieurbüro die radiologische Situation auf dem Grundstück abklären zu lassen und ggf. Radonschutzmaßnahmen bei

Versickerungsfähigkeit des Untergrundes ist unter Beachtung des Arbeitsblattes

Im Strahlenschutzgesetz wurde zum Schutz vor Radon für Aufenthaltsräume und Arbeitsplätze in Innenräumen erstmalig ein Referenzwert für die über das Jahr gemittelte Radon-222-Aktivitätskonzentration in der Luft von 300 Bg/m³ festgeschrieben. Dieser Referenzwert tritt zum 31.12.2018 in Kraft. Das Plangebiet befindet sich in der Erdbebenzone 1 mit der geologischen

den Bauvorhaben vorzusehen

LAGE PLANGEBIET

- Untergrundklasse R nach DIN 4149. Im weiteren Umfeld des Plangebietes befinden sich unterirdische Hohlräume nach § 8 Sächsische Hohlraumverordnung (SächsHohlrVO). Es wird daher empfohlen, das Sächsische Oberbergamt in Freiberg einzubeziehen und Detailinformationen zum exakten räumlichen Umfang, zur Teufenlage sowie zum Zustand der Hohlräume zu erfragen.
- Da das Vorhaben in einem alten Bergbaugebiet liegt, ist das Vorhandensein nichtrisskundiger Grubenbaue in Tagesoberflächennähe nicht auszuschließen. Es wird deshalb empfohlen, die Baugrube auf das Vorhandensein von Spuren alten Bergbaus überprüfen zu lassen.

VERFAHRENSVERMERKE

1. Der Aufstellungsbeschluss nach § 2(1) BauGB zum Bebauungsplan Nr. 041 "Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium" wurde vom Stadtrat der Stadt Plauen am 13.06.2017 gefasst. Der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 041 wurde gemäß Hauptsatzung (in Kraft getreten am 30.06.2018) am 10.07.2018 ortsüblich bekannt gemacht. Die Aufstellung des Bebauungsplans erfolgt unter Einbeziehung der Vorschriften zur Umweltprüfung (§ 2 (4) BauGB) mit Umweltbericht (§ 2a BauGB).

Oberbürgermeister

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde gemäß § 3 (1) BauGB durch eine Auslegung des Vorentwurfs in der Fassung 06/2018 vom 23.07.2018 bis zum 24.08.2018 nach Ankündigung am 10.07.2018 durchgeführt. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 (1) BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 (2) BauGB) erfolgte mit Schreiben vom 06.07.2018. Die Behörden wurden aufgefordert, Umfang und

Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach §2(4) BauGB bekannt zu geben.

3. Der Stadtrat der Stadt Plauen billigte in seiner Sitzung am Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 041 "Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium" in der Fassung . .2018 einschließlich der Begründung mit Umweltbericht und beschloss die Offenlegung gemäß §3(2) BauGB.

Lessinggymnasium" und die Begründung mit Umweltbericht in der Fassung . .2018 sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden, umweltbezogenen Stellungnahmen haben in der Zeit vom . . nach § 3 (2) BauGB auf die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung mit Bekanntgabe von Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar waren, ist mit Hinweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am . . ortsüblich bekannt gemacht worden. Gemäß § 4a Abs. 4 Satz 1 BauGB werden die Bekanntmachung der öffentlichen

Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 041 "Dreifeldsporthalle am

Auslegung nach § 3 (2) BauGB und die auszulegenden Unterlagen zusätzlich über das Internetportal der Stadt Plauen sowie über das Beteiligungsportal des Landes Sachsen zugänglich gemacht. Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde gemäß § 4 (2) Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb

öffentlichen Auslegung informiert.

. Die Bezeichnung und graphische Darstellung der Flurstücke betreffs ihrer Übereinstimmung mit der amtlichen Flurkarte wird für den Geltungsbereich mit Stand vom . .2018 bestätigt

Die Lagegenauigkeit der zeichnerischen Darstellung wird nicht bestätigt.

eines Monats gegeben. Die Behörden wurden gemäß § 3 (2) BauGB von der

Oberbürgermeister

Landratsamt Vogtlandkreis Amt für Kataster und Geoinformation

> Plauen, den Behördenleiter 6. Die Anregungen der Öffentlichkeit und der Behörden wurden gemäß § 1 (7)

geprüft und abgewogen. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden. Plauen, den Oberbürgermeister

BauGB in öffentlicher Sitzung am . . vom Stadtrat der Stadt Plauen

7. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat in öffentlicher Sitzung am Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 041 "Dreifeldsporthalle am

Lessinggymnasium" gefasst.

Plauen, den Oberbürgermeister

8. Der Bebauungsplan Nr. 041 "Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium" wird

hiermit nach § 4 (5) SächsGemO ausgefertigt.

Plauen, den Oberbürgermeister

9. Der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 041 "Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium" sowie die Stelle, bei der der Plan, die Begründung mit Umweltbericht sowie die zusammenfassende Erklärung (§ 10a BauGB) auf Dauer

während der Sprechzeiten von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind gemäß Hauptsatzung nach § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden. Dem Bebauungsplan wurde eine zusammenfassende Erklärung beigefügt, über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits-

und Behördenbeteiligung berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der

Plan nach Abwägung gewählt wurde. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§§ 214 und 215 Abs. 2 BauGB, § 4 Abs. 4 SächsGemO) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§§ 39-42 und 44

BauGB) hingewiesen worden.

Die Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

Plauen, den

Oberbürgermeister

AUSFERTIGUNG

Es wird bestätigt, dass der Inhalt des Bebauungsplanes mit seinen Festsetzungen durch Zeichnung, Schrift und Text mit den hierzu ergangenen Beschlüssen des Stadtrates Plauen übereinstimmt. Der Bebauungsplan Nr. 041 "Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium" wird nach § 4 (5) SächsGemO ausgefertigt.

Plauen, den

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich II Plauen, den .. Bürgermeister Herr Sárközy Planverfasser:

20uelle: © Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen (GeoSN), 2018

M 1: 10.000

GROSSE KREISSTADT PLAUEN BEBAUUNGSPLAN NR. 041 "DREIFELDSPORTHALLE AM LESSINGGYMNASIUM" Fachbereich Bau und Umwelt Plauen, den ...

Büro für Städtebau GmbH Chemnitz Leipziger Strasse 207 09114 Chemnitz

> Geschäftsleitung Maßstab Gemarkung

Fachbereichsleiterin Frau Wolf

10.10.2018

Plannummer